Netzwerk
Erinnerung + Zukunft
in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

November 2019

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

es lebte sich besser ohne NPD, AfD und andere Rechtsradikale, die mit ihren völlig schamfreien verbalen Absonderungen und martialischen Auftritten zur Reaktion zwingen. 8.500 Menschen waren am Samstag, 23.11. 2019, dem Aufruf des Bündnisses „Bunt statt Braun“ und anderer Organisation zu einer Demonstration in Hannover gegen die Unverschämtheiten der Rechten gegenüber dem freien Wort und ihren Repräsentanten gefolgt. Am Samstag, 30.11.2019, fordert der AfD-Parteitag in Braunschweig Gegenwehr der Vielen. Bei all solch aufgezwungener Mühsal ist es dann schön, sich zu anregendem Gespräch und zum Lernen zusammenzufinden, wie bei der Tagung des Netzwerks am ersten Novembersamstag in Hannover geschehen. Ein Bericht von Jens Gundlach fängt dies Geschehen ein. Auch andere Beiträge in diesem Newsletter wissen von Veranstaltungen und Versammlungen in unserem Umfeld zu berichten, wo sich Menschen treffen, um sich auszutauschen, voneinander zu lernen und einander zu produktivem Tun zu ermuntern. Der Umfang dieses Newsletters zeugt von solchen Aktivitäten. Wir werden dies auch nächstes Jahr so halten. Streit und politischen Kampf gegenüber den Feinden der Demokratie praktizieren, Austausch, Debatte, Lernen voneinander und miteinander zur Selbstbestärkung üben.

Im Namen des Netzwerkvorstands wünsche ich jetzt schon allen Leser*innen angenehme Feiertage, einen guten Rutsch und ein erfolgreiches Jahr 2020.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Demo gegen Rechte und rechte Gewalt – für Pressefreiheit**
- **Gemeinnützigkeit entzogen**
- **Zusammenarbeit mit Kargah e. V.**
- **Lehrer lernen in Gedenkstätte Ahlem**
- **Spurensuche: Nachfahren der jüdischen Familie Spier besuchten Hannover**
- **Vortragsreihe „Auf dem Weg zum ZeitZentrum Zivilcourage“ – Zwei Berichte**
- **Tagung mit lebhafter Beteiligung zahlreicher Experten im Haus der Region**

- **Gedenken an die Pogromnacht**
- **Veranstaltungsreihe von VHS-Hannover und Historischem Museum zur Weimarer Republik.**
  - **Rechtsextremismus in der Weimarer Republik**
  - **Über die Soziale Republik von Weimar**
- **Gabor Lengyel im Ahlemer Erzählcafé**
- **Ewige Ruhe auch für Deserteure**
- **Einheitsreise – ein persönlicher Bericht**
- **Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel in neuem Gewand**
- **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stellt sich vor**
- **Ausblick**

Demo gegen Rechte und rechte Gewalt – für Pressefreiheit

„Wir sind viele“, und mehr sowieso, lautete das inoffizielle Motto von mindestens 8.500 Bürgerinnen und Bürger aus Hannover, die sich in der Südstadt zu einer machtvollen Demonstration gegen Rechts, konkret einen Aufmarsch von etwa 100 NPD-lern, versammelt hatten. Das hannoversche Bündnis „Bunt statt Braun“, vor zehn Jahren gebildet als die NPD zum 1. Mai marschieren wollte, bewies seine Aktionsfähigkeit. In kurzer Zeit hatte es Tribünen, Lautsprecher, Redener*innen organisiert, die Route mit der Ordnungsbehörde abgestimmt und über die DGB-website ständig aktuell zum Stand der Dinge informiert.

Nach einer kurzen Auftaktkundgebung am Stephansplatz setzte sich ein bunter und munterer Demonstrationszug mit fantasievollen Plakaten und Sprüchen über die Geibel- und Hildesheimer-Straße zum Aegi in Bewegung. Die letzten gar nicht starten können, als die ersten schon das Ziel erreichten, so lang war der Demonstrationszug. Bezirksbürgermeister Lothar Pollähne – „es kotzt mich an“ – und andere sprachen den Teilnehmer*innen zum Auftakt aus dem Herzen, als sie die unverschämten Angriffe der Rechten auf die Presse- und Meinungsfreiheit, deren Aufruf zu Gewalt gegen Journalisten und demokratischen Funktionsträger sowie deren Verherrlichung von NS-Kriegsverbrechern anprangerten. Die Aufhebung des NPD-Aufmarschverbots durch das Oberverwaltungsgericht stieß bei den Redner*innen und Teilnehmer*innen einhellig auf Unverständnis. Erfreulich wenig Politsprech war dann auf der Hauptkundgebung am Aegi von den prominenten Rednern – von Belit Onay über Boris Pistorius bis zu Hauke Jagau und anderen – zu vernehmen. Mit klaren Worten geißelten sie die mannigfachen Versuche von Rechts, die freie Gesellschaft einschüchtern und zerstören. Investigativer Journalismus, hartnäckige Recherche und damit die Ermöglichung faktengestützter öffentlicher Auseinandersetzung mit Rechts ist eine Grundlage für das Funktionieren unseres Gemeinwesens.

Die direkt und persönlich von der NPD und anderen angefeindeten und bedrohten Journalist*innen betonten in ihren kurzen Redebeiträgen unter dem Beifall aller, dass sie sich nicht einschüchtern und entmutigen lassen würden.

PS (der Berichterstatter war bei den direkten Konfrontationen gegen die Nazis nicht dabei, deshalb fehlt leider dieser Blick auf den Samstagnachmittag)

Gemeinnützigkeit entzogen

Einige Redner auf der Demonstration am Samstag hatten in ihren Beiträgen kritisch angemerkt, dass der verwaltungsmäßige Entzug der Gemeinnützigkeit für gesellschaftspolitisch wichtige Organisationen ein Unding sei und die Widerstandskraft der Demokraten gegen Angriffe von Rechts mindere. In diesem Zusammenhang veröffentlichen wir zwei Erklärungen zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA.

Antifaschismus muss gemeinnützig bleiben! Schwerer Angriff auf die VVN-BdA

Am 4. November hat das Finanzamt für Körperschaften I des Landes Berlin der Bundesvereinigung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) e.V. die Gemeinnützigkeit entzogen. Damit verbunden sind vorerst Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe, die noch in diesem Jahr fällig werden. Weitere erhebliche Nachforderungen sind zu erwarten und auch zukünftig drohen wesentlich höhere steuerliche Belastungen. Damit ist die VVN-BdA in ihrer Existenz bedroht. Das Finanzamt Berlin handelt damit anders, als das Finanzamt Oberhausen-Süd, das der Landesvereinigung NRW die Gemeinnützigkeit am 22. Oktober gewährt hat. In beiden Fällen war derselbe Vorwurf erhoben worden. Er besteht darin, dass die Landesvereinigung Bayern der VVN-BdA im bayrischen Verfassungsschutzbericht wiederholt als linksextremistisch beeinflusst dargestellt wird. Während das Finanzamt Oberhausen-Süd der Widerrede der VVN-BdA im Anhörungsverfahren entsprach, beharrt das Berliner darauf, dass „der volle Beweis des Gegenteils, als Widerlegung der Vermutung als extremistische Organisation“ nicht erbracht worden sei. Das bedeutet, dass die Bewertung durch eine nachgeordnete bayrische Landesbehörde, die laut bayrischem Gerichtshof keine Tatsachenbehauptung darstellt, demnach über das Schicksal einer bundesweit arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisation entscheiden dürfen soll.

Von Überlebenden der Konzentrationslager und Gefängnisse 1947 gegründet, ist die VVN-BdA seitdem die größte, älteste, überparteiliche und überkonfessionelle Organisation von Antifaschistinnen und Antifaschisten Deutschlands. Sie vertritt die Interessen von Verfolgten und Widerstandskämpfern, sowie deren Nachkommen, tritt für Frieden und Völkerverständigung ein und hat gegen große gesellschaftliche Widerstände wesentlich dafür gesorgt, dass die Verbrechen des Nazi-Regimes nicht in Vergessenheit geraten sind, u.a. durch den Einsatz für die Errichtung von Gedenkstätten und Erinnerungsorten und vielfache Zeitzeugenarbeit. Sie informiert über aktuelle neofaschistische Umtriebe und organisiert den Widerstand in breiten Bündnissen.

Wir sind entsetzt und empört darüber, dass sich das Berliner Finanzamt die haltlosen Unterstellungen der bayrischen Behörde ungeprüft zu eigen macht. Damit behindert es genau das zivilgesellschaftliche Engagement, das von Regierung und Parteien angesichts schrecklicher rechtsterroristischer Verbrechen allenthalben eingefordert wird.

Wir fordern die Anerkennung der Gemeinnützigkeit für unsere Organisation!

Wir fordern praktische Unterstützung für alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, die die Grundwerte des Grundgesetzes gegen rassistische, antisemitische, nationalistische und neofaschistische Angriffe verteidigen!

Geschrieben von Cornelia Kerth, Dr. Axel Holz, 22. November 2019.

Internationales Auschwitz Komitee Pressemitteilung

Überlebende der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager in vielen Ländern sind empört und erregt über den törichten und skandalösen Beschluss des Berliner Finanzamtes, der Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten die Gemeinnützigkeit zu entziehen und sie somit in ihrer Existenz zu bedrohen. Hierzu betonte in Berlin Christoph Heubner, der Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees: „Die VVN ist 1947 von jüdischen und nicht-jüdischen Überlebenden der Konzentrationslager und Folterkeller der Nazis gegründet worden. Diese Überlebenden haben Generationen junger Menschen in Deutschland, die sich heute im demokratischen Spektrum Deutschlands engagieren, sozialisiert und politisiert. Von Anbeginn an und bis heute haben sich alte und junge Mitglieder der VVN/BdA vor allem gegen den immer massiver zurückkehrenden Rechtsextremismus und Antisemitismus positioniert. Dass diese Organisation in Zeiten alltäglicher rechtsextremer Auswüchse und Bedrohungen aus der Gemeinschaft der Demokraten in Deutschland hinausgeworfen und in ihrer Existenz bedroht wird, ist für Überlebende der Konzentrationslager ein Skandal, der Deutschlands Ansehen beschädigt und das gemeinsame europäische Engagement gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus erheblich schwächt."

Christoph Heubner

s. auch. https://www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bda-muss-gemeinnuetzig-bleiben#petition-main

---

Zusammenarbeit mit Kargah e. V. Verabredung zwischen der Gedenkstätte Ahlem und dem Verein für Flüchtlingshilfe in Linden

Die Gedenkstätte Ahlem und der Förderverein der Gedenkstätte einerseits, und Kargah, Verein für interkulturelle Kommunikation, Migration- und Flüchtlingsarbeit in Hannover Linden andererseits, haben eine Kooperation verabredet. Und dies, obwohl beide Institutionen auf den ersten Blick unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Gedenkstätte erinnert an die Opfer des Holocaust. Kargah hilft Menschen, die vor Unrecht und Not aus ihrer Heimat geflüchtet sind. Und doch sehen beide gemeinsame Aufgaben für die Zukunft. Sie treten Menschenrechtsverletzungen entgegen. Sie fördern demokratische und humanitäre Gesellschaftsstrukturen und Staatsformen. Und beide leisten Aufklärung und weltoffene Kommunikation.

Für die Gedenkstätte waren am 16. Oktober der Pädagoge Andreas Mischok und der Fördervereinsvorsitzende Dr. Rainer Litten zu Gast bei dem Iraner Asghar Eslami, Vorstand von Kargah auf dem Faust-Gelände in Linden. Sie vereinbarten eine Partnerschaft, in der geschichtliche und gegenwärtige Erfahrungen ausgetauscht werden sollen. Die Gedenkstätte bietet Führungen an durch ihr Ausstellungsprogramm und pädagogische Workshops. Der Förderverein lädt ein zu Erzählcafés mit Persönlichkeiten von öffentlichem Interesse. Kargah führt Interviews mit Migranten über Erlebnisse in ihren Herkunftsländern. So ergeben sich

Schnittmengen für Austausch, Anregungen und partiell auch für abgestimmtes öffentliches Handeln.

Kargah ist persisch und bedeutet Werkstatt. Der Verein wurde 1980 gegründet von iranischen Frauen mit einem feministischen Ansatz zum Schutz für politisch Verfolgte und für deren Integration. Das Personal besteht heute zu 80 Prozent aus Frauen. Arbeitsfeld, inzwischen offen für alle Menschen, ist der Großraum Hannover. Kostenlos angeboten werden Bildung, Sprachunterricht, Musikunterricht, Hausaufgabenhilfe, PC-Hilfe. Schwerpunkte sind ein Flüchtlingsbüro und die Frauenberatungsstelle Suana für Fälle von häuslicher Gewalt, Zwangsheirat, Stalking, Asylverfahren. Kargah verfügt über ein Café mit persischen Gerichten, eine Bibliothek mit 20.000 hauptsächlich persichsprachigen Büchern und ein Haus der Begegnung mit Angeboten von Sport bis Schach.

Der Verein finanziert sich aus Mitteln der Stadt und der Region Hannover, des Landes Niedersachsen, des Bundes und der EU. Bei der sehr gastfreundlichen Begegnung mit der Gedenkstätte wurde mittags ein schmackhaftes Gericht aus persischer Küche serviert.

Dr. Jens Gundlach

Lehrer lernen in Gedenkstätte Ahlem. Peter Longerich informiert über Formen des Antisemitismus

Mehr als 25 Lehrerinnen und Lehrer von Gymnasien und Gesamtschulen aus Hannover und Umgebung waren in die Gedenkstätte Ahlem gekommen, um sich bei dem Münchener Zeithistoriker und Antisemitismus-Experten Prof. Peter Longerich Rat zu holen, wie Schulklassen aufzuklären seien über „modernen“ Antisemitismus. Longerich lehrt an der Bundeswehr-Universität in München und schreibt zurzeit an einem Buch über Antisemitismus. Er brachte das didaktische Kunststück fertig, dass nicht nur er selbst dialogisch über Antisemitismus informierte, sondern auch den Lehrkräften Raum ließ, untereinander wichtige Erfahrungen mit Schülern und Schülerinnen aller Altersstufen austauschten.

Rund zwanzig Prozent aller Deutschen, so Longerich, seien nach dem Holocaust auch heute noch „latent“ antisemitisch eingestellt. Diese Haltung reiche von Rechtsaußen bis in die Mitte der Gesellschaft, einschließlich intellektueller und auch linker Kreise. Dabei spielten traditionelle Vorurteile, die sich bei genauer Betrachtung allesamt als falsch erwiesen, ebenso mit wie Kritik an Israel. Natürlich sei Kritik an israelischer Politik zulässig, jedoch sei sie nicht selten „aufgeladen“ mit herkömmlicher Judenfeindschaft. Eine Rolle spiele dabei auch der Holocaust und die These, Israel behandele die Palästinenser wie einst die Nazis die Juden. Dieser schiefe Vergleich beinhalte indirekt den Versuch einer Schuldabwehr der Deutschen oder gar einer Schuldumkehr. Von dem österreich-israelischen Arzt und Autor stammt die sarkastische Sentenz: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.“

Longerich kritisierte die Schulbücher, in denen zum Beispiel Geldverleih im Mittelalter allein den Juden negativ zugeschrieben werde – ein „Mythos“. Auch Nichtjuden hätten dieses Geschäft betrieben. Auch Sozialneid habe diese Legende mit befördert. Bis heute werde unterschieden zwischen „Juden und Deutschen“, auch dann, Menschen jüdischer Religion ganz normale Staatsbürger seien wie andere Deutsche. Longerich forderte eine „Handreichung“ für Lehrer, um Redensarten auf Schulhöfen wie z. B. „du Jude“ wirksam entgegentreten zu können.

Dr. Jens Gundlach

Spurensuche: Nachfahren der jüdischen Familie Spier besuchten Hannover

Am 20. September 2019 reiste Jonathan Stern mit seiner Ehefrau Joy aus Washington D.C. (USA) nach Hannover, um die früheren Wohnorte und Arbeitsstätten seiner Vorfahren in Hannover zu besuchen. Jonathan Stern ist der Enkel des jüdischen Ehepaars Alfred und Ruth Spier aus Hannover.

Jonathan und Joy Stern im Gedenkort Neue Synagoge in der Roten Reihe, 2019 © LHH

Alfred Spier war ab 1929 Lehrer an der „Jüdischen Schule“ der Jüdischen Gemeinde Hannover und lebte mit seiner Familie in der Wielandstr. 4 C und ab 1932 in der Humboldstr. 23. Im Mai 1935 begann er an der neueröffneten „Jüdischen Volksschule“ in der Lützowstr. 3 zu unterrichten. Das jüdische Gemeindehaus in der „Lützowstr. 3“ gehörte ab September 1941 zu den sogenannten „Judenhäusern“ in Hannover. Alfred Spier verstarb bereits 1937. Seine Ehefrau Ruth und die Kinder Elisabeth und Hannah emigrierten am 1. März 1939 aus Deutschland nach Ecuador und wanderten im Mai/Juni 1940 weiter von Guayaquil (Ecuador) nach New York (USA).

Jonathan Sterns Mutter Elisabeth heiratete in den USA später Theodore Stern. Ihre Schwester Hannah Hess geb. Spier hielt 2007 die Lebensgeschichte ihrer Mutter und ihrer Familie in einem unveröffentlichten Roman fest. Das Manuskript und einige Fotos der Familie sind online auf der Webseite des United States Holocaust Memorial Museum zu sehen. Bei ihrem Besuch in Hannover wurde das Ehepaar Stern von Mitarbeitern der Städtischen Erinnerungskultur und Marlis Buchholz von der Gedenkstätte Ahlem zu den

verschiedenen historischen Orten im Stadtgebiet geführt. Ein Höhepunkt war für Jonathan Stern das Geburtshaus seiner Mutter in der Wielandstr. 4 C zu sehen.

LHH Städtische Erinnerungskultur

Vortragsreihe „Auf dem Weg zum ZeitZentrum Zivilcourage“

Prof. Meike Baader sieht Erinnerungskulturen als pädagogische Daueraufgabe

Am 21. Oktober 2019 referierte Prof. Dr. Meike Sophia Baader im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Auf dem Weg zum ZeitZentrum Zivilcourage“ über Erinnerungskulturen als pädagogische und bildungspolitische Herausforderungen.

Meike Baader bei ihrem Vortrag am 21.10.2019 im ZeitZentrum Zivilcourage © LHH

In ihrem Vortrag diskutierte Meike Sophia Baader – Professorin für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Universität Hildesheim – die Aufgaben und Dilemmata einer historisch-politischen Bildung aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive. Um Erinnerungskulturen muss dauerhaft gerungen werden. Es muss geklärt werden, warum auf welche Weise an was erinnert werden soll. Diese Aushandlungen samt ihren Fallstricken zu führen und zu reflektieren ist eine Querschnittaufgabe pädagogischer Berufe, so Baader. Abschließend sprach sie sich für eine „Neuvermessung“ der historisch-politischen Bildung aus. Mit ihrem Vortrag gab sie wichtige Impulse für die zukünftige pädagogische Arbeit am ZeitZentrum Zivilcourage. Der Vortrag knüpfte an eine Kooperation zwischen der Stiftung Universität Hildesheim und der Landeshauptstadt Hannover vor acht Jahren an. Im Zusammenhang mit der Ausstellung „Abgeschoben in den Tod“ erschien der von Meike S. Baader und Tatjana Freytag herausgegebene Band „Erinnerungskulturen. Eine pädagogische und bildungspolitische Herausforderung“ Köln u.a. 2015, Seiten 232.

LHH Städtische Erinnerungskultur

Antisemitismus als gesellschaftliche Herausforderung

In der Vortragsreihe „Auf dem Weg zum ZeitZentrum Zivilcourage“

Am 8. November 2019 referierte Dr. Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin über die heutigen Formen des Antisemitismus in Politik

und Gesellschaft und seine Herausforderungen. Der Vortrag war Teil der Veranstaltungsreihe „Auf dem Weg zum ZeitZentrum Zivilcourage“, welche die Wartezeit bis zur offiziellen Eröffnung des zukünftigen außerschulischen Lernorts zur Geschichte der hannoverschen Stadtgesellschaft im Nationalsozialismus im Frühjahr 2020 verkürzt.

Dr. Juliane Wetzel, Zentrum für Antisemitismusforschung, bei ihrem Vortrag © LHH

In ihrem Vortrag „Antisemitismus heute – eine Herausforderung für Gesellschaft und Politik“ beleuchtete Dr. Juliane Wetzel die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus, vom mittelalterlichen Antijudaismus über die antisemitisch konnotierte Israelkritik bis hin zum heutigen, weit verbreiteten latenten Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Antisemitismus begegne uns in allen gesellschaftlichen Schichten, in allen religiösen Spektren und sozialen Milieus. Anhand von Beispielen zeig Dr. Juliane Wetzel, wie sich klassische Erzähl- und Bildstrukturen des Antisemitismus bis heute gehalten haben und sich im Lauf der Zeit an neue Themenzusammenhänge sowie Seh- und Konsumgewohnheiten angepasst haben.

LHH Städtische Erinnerungskultur

Tagung mit lebhafter Beteiligung zahlreicher Experten im Haus der Region

Um Erinnerungskultur muss politisch gestritten werden!

„30 Jahre nach der demokratischen Wende – Erinnerungspolitiken in Europa“ lautete das Thema der Tagung des Vereins Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover, die am 2. November im Haus der Region stattfand. Der Vereinsvorsitze Dr. Horst Meyer dankte in seiner Begrüßungsrede dem Netzwerkreferenten Dr. Peter Schyga für die Konzeption des Programms und für die Auswahl der Vortragenden. Als finanzielle und organisatorische Unterstützer nannte Meyer die Landeshauptstadt Hannover, die Stiftung Leben und Umwelt, die Rosa Luxemburg Stiftung/Niedersachsen, das Bildungswerk Verdi, die IG Metall Hannover, die Organisation Europäische Dialoge Shared Spaces und die Region Hannover. Angesichts der Entwicklung der demokratischen und antidemokratischen Prozesse in Ost und West und deren gespaltener Wahrnehmung in Deutschland sei das Thema hochaktuell, so Meyer.

In seinem **einleitenden Referat** verwies *Peter Schyga* auf ein alarmierendes aktuelles Problem der Erinnerungskultur. Der seit den 90er Jahren bestehende Konsens, Verbrechen der NS-Diktatur wie z. B. Judenverfolgung und Zwangsarbeit dem Vergessen zu entreißen, wird von rechtsextremen Betreibern einer „konservativen Revolution“ mehr und mehr unterlaufen. Unter Berufung auf autoritäre, nationalistische und rassistische Staatsvorstellungen, auf Feindbilder und Ausgrenzung, sollen Massen mobilisiert und ein politischer Machtwechsel eingeleitet werden. Schyga: „Heute sehen wir uns mit Geschichtspolitiken rechter und revisionistischer Kräfte konfrontiert, die unsere lieb gewonnene Erinnerungskulturharmonie angreifen.“

Foto: Tom Seibert

Es sei verfehlt, warnte Schyga, „die“ Erinnerungskultur mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ zu verknüpfen und sich damit gegen Angriffe der AfD und ihrer Unterstützer zu immunisieren. Damit werde verkannt, dass die Gesellschaft nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch kulturell gespalten sei. Deshalb müssten die geschichtsrevisionistischen Kräfte offen und entschlossen auch politisch bekämpft werden. Alle Akteure der Erinnerungskultur müssten sich „in die gesellschaftspolitischen Streitarenen begeben“, schloss Schyga seinen Vortrag.

Legenden, Mythen und nationaler Stolz in Polen

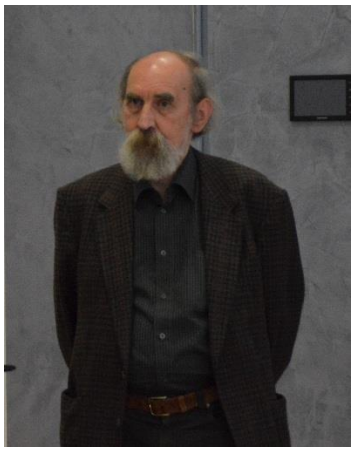
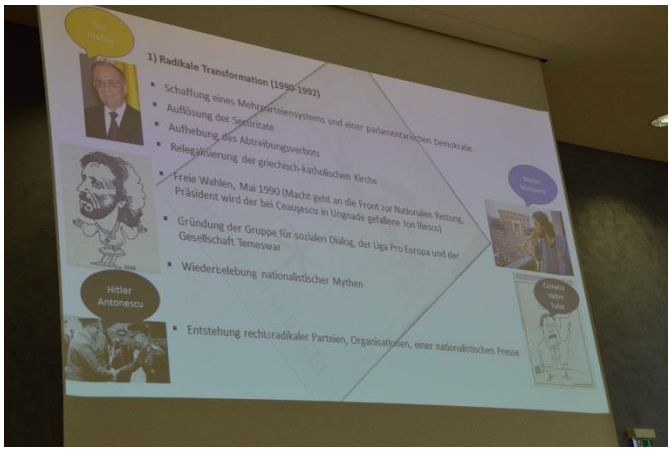
Der frühere DDR-Bürgerrechtler und Osteuropa-Experte *Wolfgang Templin* stellte seinen Redebeitrag unter das Thema „Die polnische Gesellschaft im Spannungsfeld ihrer besonderen Geschichte“. Noch heute verbinden sich in Polen romantische Erinnerungen an die polnische Adelsrepublik ab dem 16. Jahrhundert als europäische Großmacht. Diese wurde abgelöst durch drei Teilungen Polens 1772, 1793 und 1795 durch Preußen, Habsburg und Russland – die „drei schwarzen Adler“. Der Staat Polen verschwand von der Landkarte und verstand sich nur noch als Nation. Auf dem Wiener Kongress 1815 wurde Polen zu einer russischen Provinz. 1918 erstand Polen unter dem sozialistischen Marschall Pilsudski wieder als souveräner Staat – allerdings nur zwanzig Jahre bis zum Überfall durch die Nazis. Nach 1945 kam der Staat Polen unter kommunistische Herrschaft und wurde Teil des Ostblocks. Mit der Revolution 1989, angestoßen von der Gewerkschaft Solidarnosc, wurde Polen parlamentarische Demokratie.

Wolfgang Templin und Moderatorin Kata Miszkiel-Deppe. Foto: Tom Seibert

2015 errang die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) durch Wahlen die alleinige Macht, gestützt durch breit angelegte Sozialleistungen und die betont kirchlich-katholisch orientierte ländliche Bevölkerung. Das Motto der PiS lautet „Schlussstrich“ (dobra zmiana), also „guter Wandel“. Erinnerungskultur in Polen ist durchwachsen von Legenden, Mythen und nationalem Stolz. Abrechnungen mit Kommunisten oder Judenverfolgungen werden ebenso wenig thematisiert wie andere Fehlleistungen in der Geschichte. Die Gesellschaft ist innerlich zerrissen in einen liberalen, aufgeklärten und europafreundlichen Teil (Donald Tusk) und einen europa- und russlandskeptischen, konservativen Teil (Jaroslaw Kaczyinski). Unter Kaczyinski wurde die Justiz „reformiert“: missliebige Richter entlassen, das Verfassungsgericht entmachtet. Folge: Ein Rechtsstaatsverfahren der EU.

Rumänien: Mischung von Wahrheit und Apologie

Über „Aspekte von Geschichtspolitik im Rumänien der Nachwendezeit“ sprach *William Totok*, in Berlin lebender Rumäniendeutscher und Schriftsteller. In Rumänien, so Totok, gebe es keine rechtsextremistische Partei, doch in allen Parteien und in der Bevölkerung gebe es rechtsextremistische Tendenzen. Von 1940 bis 1944 hatte General Ion Antonescu eine faschistische Militärdiktatur aufgebaut und war dem Feldzug der NS-Diktatur gegen die Sowjetunion beigetreten. 270.000 rumänische Juden fielen im Holocaust unter rumänischer Beteiligung zum Opfer, desgleichen Tausende Roma. Eine Aufarbeitung dieser Verbrechen kam nach dem Sturz von Antonescu 1944 nur schleppend in Gang. Im Gegenteil: Kriegsverbrecher wurden rehabilitiert, Straßen nach Faschisten benannt, Aktionen gegen Juden und Roma nicht geahndet.

William Totok und ein Ausschnitt seiner Präsentation. Foto: Tom Seibert

Mit dem Ende des Faschismus geriet Rumänien unter sowjetischen Einfluss, wurde kommunistisch und trat 1949 dem Warschauer Pakt bei. Führer und Diktator wurde Nicolae Ceausescu. Zwar gelang ihm eine gewisse nationale Eigenständigkeit gegenüber Moskau. Aber das kommunistische System blieb erhalten und führte zu einem Zusammenbruch der Volkswirtschaft mit einer dramatischen Versorgungskrise. Der allgegenwärtige brutale Geheimdienst Securitate, dessen Terror 200.000 Menschen zum Opfer fielen, schützte Ceausescu bis 1989. Es kam zu einer Revolution mit 1000 Toten. Ceausescu wurde erschossen, die Securitate aufgelöst. Doch ein großer Teil ihrer Kader passte sich der neuen parlamentarischen Demokratie unter der Führung der sozialdemokratischen Partei PSD an, besetzte jedoch viele Machtpositionen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Diese Oligarchen und anhaltende Korruption sind bis heute ein Problem. Auch die PSD rekrutierte sich aus alten kommunistischen Eliten. Bis heute gibt es immer wieder Übergriffe gegen Roma.

Eine Erinnerungskultur entwickelte sich mühsam. Entstanden ist eine Erinnerungslandschaft aus Denkmälern, Museen, Gedenkstätten wie des Gedenkorts Sighet. Auch gibt es ein Landesinstitut für das Studium des Totalitarismus. Die zweifache Diktaturerfahrung aber führt laut Totok zu einer „Mischung von Wahrheit und Apologie“.

Ideologie in der DDR verhindert Erinnerungskultur

Den letzten Tagungsvortrag hielt *Ulrike Poppe*, ehemalige Bürgerrechtlerin in der DDR, von 2010 bis 2017 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Ihr Thema: „Aspekte von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in der DDR und den neuen Bundesländern“ . Poppe stellte fest, dass die offizielle Erinnerungspolitik in der DDR ideologisch und damit von Versäumnissen geprägt gewesen sei. Durch einen „verordneten Antifaschismus“ sei die DDR-Gesellschaft plötzlich zum „Sieger der Geschichte“ geworden. Hinter einem „antifaschistischen Schutzwall“ konnte selbstkritische Aufklärung kaum gedeihen. Im staatlichen Schwarz-Weiß-Schema gab es stets nur eine Meinung, man brauchte sich nicht streitig zu entscheiden, fatal auch für nicht wenige Menschen noch heute.

Ulrike Poppe und die Moderatorin Anne Bonfert. Foto: Tom Seibert

Als Mitglied im Warschauer Pakt habe sich die DDR als einziger Staat nicht als „Nation“ verstanden. Dieser Mangel an Identität sei ihre Achillesferse geblieben. Versuche, einen sozialistischen Patriotismus zu etablieren, seien gescheitert. Die Bundesstiftung zur

Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hätten wertvolle Erkenntnisse gebracht – ein „Steinbruch“. Zu beobachten sei eine einseitige Fokussierung auf die Stasi. Der Alltag in der DDR, ihre Sozial- und Erziehungspolitik seien weitgehend unerforscht. Auch gebe es keine Antwort auf die Frage: Was waren die Bindekräfte des Kommunismus in der DDR? Nicht aufgearbeitet seien „grauenhafte“ Zustände in Altenheimen, Psychiatrien, Jugendhäusern, Jugendwerkhöfen und Erziehungsheimen in der DDR. Zusammen mit der Stasi entsteht so das Bild eines „verbrecherischen Staats“.

Aus all diesem ergäben sich Befindlichkeiten in den heutigen neuen Bundesländern, die die AfD begünstigten. Populisten sprächen von einer „demokratisch regierten diktatorischen deutschen Merkelgesellschaft“. Ein Zusammenwachsen von Ost und West sei nicht gelungen. Die Spaltung bestehe auch in unterschiedlichen Geschichtsbildern. So bilde sich ein neuer deutscher Nationalismus. Nationalstaat und Europa aber seien keine Gegensätze. Poppe beschrieb mit ihrem Appell „Fenster auf!“ den Freiheitsgewinn in der EU als eine geschichtspolitische Aufgabe. Leider habe die „Arroganz des Westens“ verhindert, dass über eine neue deutsche Verfassung abgestimmt werden konnte – auch wenn diese sich von dem Grundgesetz kaum unterschieden hätte.

Mira Keune, Leiterin des Grenzlandmuseums Eichsfeld, fasste das Verhältnis von BRD und DDR zusammen als „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“. Horst Meyer forderte die niedersächsische Zentrale für politische Bildung auf, aus ihrem Schlaf zu erwachen und wieder aktiv zu werden.

Dr. Jens Gundlach

*Wir wollten versuchen wie zu unserer Tagung über den Rechtsextremismus in Europa einen Tagungsband mit allen Beiträgen der Referent*innen auf unserer Website zu veröffentlichen. Unsere Gastreferent*innen werden es aber nicht schaffen, ihre Beiträge zu verschriftlichen. Das ist schade, aber natürlich haben wir angesichts der Aufgaben und Belastungen, die diese in ihrer tagtäglichen Arbeit auf sich nehmen, Verständnis. Als kleiner Ersatz ist der Vortrag von Peter Schyga in einem* ***Newsletter extra*** *(http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/wp-content/uploads/2019/11/Newsletter-EXTRA-Tagung-Erinnerungspolitiken.pdf) veröffentlicht. PS*

Gedenken an die Pogromnacht

Zum Gedenken an die Novemberpogrome legten Vertreter*innen von Stadt und Region Hannover am 11. November 2019 einen Kranz am Mahnmal der ehemaligen Synagoge in der Roten Reihe nieder.

Bürgermeisterin Regine Kramarek ©LHH

2019 jährt sich die Pogromnacht zum 81. Mal: Auch in Hannover wurden an diesem Tag im Jahr 1938 Einrichtungen der jüdischen Gemeinde sowie jüdische Geschäfte und Privatwohnungen angegriffen, die Neue Synagoge niedergebrannt, Menschen verhaftet, verschleppt und ermordet. Seit vielen Jahren erinnern die Stadt Hannover und die Region Hannover am 9. November in der Roten Reihe mit einem stillen Gedenken an die damaligen Opfer der Pogromnacht.

Nach dem einführenden Totengebet „El male rachamim“ durch Kantor Andrej Sitnov beteiligten sich auch 2019 Schüler*innen der Heisterbergschule mit einem Vortrag an der Gedenkveranstaltung. Im Anschluss legte Bürgermeisterin Regine Kramarek gemeinsam mit Landtagspräsidentin Dr. Gabriele Andretta sowie Vertreter*innen der jüdischen Gemeinden, Kirchen und Parteien Kränze nieder. Sitnov und der Chor der jüdischen Gemeinde beendeten die Veranstaltung durch das Gebet „Kaddish“.

LHH Städtische Erinnerungskultur

Unterwegs zu und auf den Kulturrouten Europas

Am 1.10.2019 ging es frühmorgens los: Mit Umsteigen in München und Budapest bzw. in intensiven Arbeitsstunden am Laptop, in spannenden Plaudereien (u.a. mit Ramil aus Baku) und in Bettzeug aus Stoff (!) erreichte ich im Liegewagen vierundzwanzig Stunden später das erste Etappenziel: Sibiu.

Foto: Anke Biedenkapp

Sie war 2007 europäische Kulturhauptstadt. In diesem Herbst hatten sich hier die Repäsentant*innen der nun 38 Europäischen Kulturrouten zum ihrem Jahreskongress eingefunden. Ich hatte Gelegenheit, an der Eröffnungsveranstaltung teilzunehmen. Gemäß Programm; standen wichtige Grußworte, die Auszeichnungen der fünf neuen Routen und informelle Gespräche im Vordergrund. Insbesondere letztere erwiesen sich für mein aktuelles Vorhaben (s.u.) als sehr anregend.

Dann ging es mit einem schön-schäbigen Zug weiter nach Medias, wo ich den Nachtzug nach Bukarest bestieg. Dort tauchte ich am folgenden Morgen in mein neues Schwerpunktthema ein, die „Europäische Route des jüdischen Kulturerbes“.

Foto: Anke Biedenkapp

Anderthalb Tage tauschten sich Vertreter*innen entsprechender Organisationen aus 16 Ländern aus & erarbeiteten spannende Ideen für das Weiterentwickeln der individuellen Ansätze und das Zusammenführen auf Europäischer Ebene.
Für danach hatte ich ausreichend Zeit eingeplant: Das Erkunden des einst sehr lebendigen jüdischen Lebens, des unfassbar grausamen Ceausescu-Regimes und des aktuellen Bukarest. Zu letzterem gehörte auch der spontane Besuch einer Banksy-Ausstellung und des neuesten Tanrantino-Films – in Begleitung meiner außerordentlich aufgeschlossen Couchsurfing-Gastgeberin. Sie wohnt in einem „klassisch-sozialistischen Wohnblock“, der überraschend umgrünt war. Die freundliche Aufnahme und die vielen Gespräche verschafften mir einen guten Einblick in den rumänischen Alltag.
Sonntag-Abend ging es dann wieder mit der Bahn gen Westen. Diesmal teilte ich das Abteil, die Eindrücke und eine Prise Wodka mit Jonathan, einem Musikstudenten, der sich auf dem Rückweg von Istanbul befand. Diese Zugfahrt zog sich allerdings ungeplant in die Länge, sodass ich in Temeswar den Anschluss verpasste. Damit war meine Abendessen-Verabredung in Wien hinfällig geworden, aber es eröffnete sich die Möglichkeit, die Kulturhauptstadt 2021 kennenzulernen; sehr schön! Viele Gebäude waren in Vorbereitung darauf (analog zu bewährter „Christo-scher" Praxis) eingerüstet. Und das private Revolutionsmuseum veranschaulichte eindrucksvoll,
wie die Ereignisse 1989 hier ihren Anfang genommen hatten – und wie friedliche Protestant*innen bekämpft wurden.
Zurück zum Bahnhof hatten wie in der Folge wieder eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit, die zum Blumenpflücken geeignet gewesen wäre. Allerdings waren die Stopps nicht durch entsprechendes Tun romantisch angehauchter Reisender verursacht, sondern vielmehr durch die aktuell außerordentlich intensiven Kontrollen an der rumänisch-ungarischen, der ungarischen-österreichisch und der österreichisch-deutschen Grenze.
„Verloren“ war diese Zeit aber auf keinen Fall: Sie gab Anlässe zum weiteren Nachdenken und viel Gelegenheit zum Lesen, Schreiben, Essen und Schlafen – das geht ja fast immer und überall.
Nebenbei habe ich im wahrsten Sinne viel über die Landschaften rechts und links der Bahngleise „erfahren“:– die bauliche Beschaffenheit der Städte, die wir durchquerten; – wo der Nachhimmel am besten zu sehen ist, weil Ortschaften rar gesät sind;– Agrarwüsten, die Biosprit für unsere Elektromobilität produzieren. Und immer wieder interessante Menschen kennenzulernen, war ein toller Zusatzeffekt dieser „Balkantour“. Auch wenn es hin und

wieder nicht nach Plan lief und der ungarische Schaffner meine Liegewagenkarte nicht anerkannte, war diese Woche eine perfekte Kombination von Dienstreise, Urlaub und Abenteuer.
Nun freue ich mich auf den heimischen Herbst: die (Nach-) Arbeiten am Schreibtisch, die Lektüre im Sessel und Begegnungen vor Ort. Auf bald!
Anke Biedenkapp

Veranstaltungsreihe von VHS-Hannover und Historischem Museum zur Weimarer Republik.

Mit insgesamt sechs Veranstaltungen – darunter einem Stadtrundgang zu „Orten der jüdischen Lokalgeschichte“ – unter dem programmatischen Motto „Die Weimarer Republik zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot. Am Beispiel Hannover“ setzten sich die Vortragenden Peter Schulze, Anke Sawahn und Peter Schyga mit unterschiedlichen Aspekten im Prozess des Scheiterns der ersten demokratischen Republik Deutschlands auseinander. Uns liegen dazu leider nur zwei ausführlichere Berichte vor, deshalb zu den anderen Themen hier nur kurze Zusammenfassungen.

Der Titel des ersten Vortrag von *Peter Schulze* mit dem Thema **„Das Trauma des verlorenen Weltkriegs: Über das Schweigen der Republikaner und den Totenkult der Deutschnationalen“** gibt den Inhalt seines Referats schon wieder. Unter dem Motto „Im Felde unbesiegt“ zeichneten Generalquartiersmeister Erich Ludendorff und sein Waffenbruder Feldmarschall v. Hindenburg, also die Oberste Heeresleitung, noch während der Waffenstillstandsverhandlungen mit den westlichen alliierten Siegern des Weltkriegs das Propagandabild einer tapferen und unbesiegbaren Armee, die durch die Revolten und revolutionären Umstürze im Inneren in die Niederlage getrieben worden wäre. Die „Dolchstoßlegende“ war in der Welt und sollte Kern der Verarbeitung des verlorenen Krieges durch die deutschnationalen Kreise in Weimar bleiben. Die im Versailler Vertrag von den Siegermächten formulierte Kriegsschuld des Deutschen Reichs wurde geleugnet und als „Lüge“ ausgegeben. Die Deutschen hätten sich gegen die „Einkreisung“ durch feindliche Mächte wehren müssen. So hatte die deutsche Rechte die Siegermächte und die demokratischen Republikaner – und „die Juden“, wie *P. Schulze* in seinem zweiten Vortrag über den „**Antisemitismus in Hannover. Judenfeindschaft als völkische Gesellschaftskritik“** verdeutlichte – verantwortlich für die schwierige Nachkriegszeit gemacht.

Das Gedenken an die Toten und das Trauern um sie, ein eigentlich selbstverständliches und berechtigtes Anliegen der Angehörigen und auch einer Nation, wurde allerdings von diesen Propagandabildern der Rechten bestimmt. 1919 wurde vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ein Volkstrauertag als Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs vorgeschlagen. 1922 fand die erste Gedenkstunde im Reichstag statt. Erstmals wurde er am 1. März 1925 begangen und 1926 entschied der Reichstag den Volkstrauertag regelmäßig am Sonntag Reminiscere (fünfter Sonntag vor Ostern) zu begehen. Es war die Zeit der Errichtung von Kriegerdenkmälern und Weltkriegsgedenkstätten überall im Land. P. Schulze zeigte dazu einige Bilder aus Hannover, auf denen man/frau die martialischen Darbietungen bei diesen und anderen Feiern sehen konnte. Revanchistische Kriegervereine und Ehemaligenverbände prägten zusammen mit den deutschnationalen antirepublikanischen Parteien und politischen Vereinigungen das

Trauerbild im Land. Schulze hob kritisch hervor, dass die Republikaner den Rechten fast vollständig das Feld überlassen hatten und ihnen damit zusätzliche Felder der Mobilisierung von Republikfeinden boten.

Anke Sawahn als intime Kennerin der historischen Landfrauenvereine erläuterte am Beispiel einiger Frauenbiografien Selbstverständnis und politisch-kulturelles Handeln von Frauen auf dem Land. Ohne das klassische Frauenbild in seinen Grundfesten erschüttern zu wollen, strebten sie doch eine Emanzipation vom Herd an und mischten sich, ab 1918 auf das Frauenwahlrecht gestützt, in die Politik ein. Frauen sollten unbedingt das aktive und passive Wahlrecht nutzen, um eine der Republik unterstellte Zerstörung hergebrachter Ordnung zu verhindern. So wurden die führenden Personen unter den etwa 6.000 im späteren Niedersachsen in den Landfrauenvereinen organisierten Frauen zu energischen Parteigängern der DNVP.

PS

Rechtsextremismus in der Weimarer Republik

Am 22. Oktober 2019 referierte Dr. Peter Schyga, der sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Ursachen befasst, zum o. g. Thema im gut gefüllten Vortragssaal des Historischen Museums Hannover. Er ging von den Thesen aus, dass weder der Fokus auf die Hauptstadt Berlin und andere Großstädte noch die viel zitierte Annahme, dass die erste demokratische Republik in Deutschland mangels Demokraten gescheitert sei, hilfreich bei der zeithistorischen Analyse sind.
Stattdessen nahm er in seinem Vortrag die niedersächsische Provinz in den Blick und zeigte den Einfluss rechtsextremer Bewegungen, Parteien und Medien, von den Freikorps über den Stahlhelm, die NSDAP und andere nationalistisch-völkische Bünde bis zur DNVP und dem Presseimperium Alfred Hugenbergs auf. Anhand derartiger Netzwerke zeichnete er exemplarisch nach, wie „Mob und Elite“ (Hannah Arendt) im Kampf gegen die Republik zueinander fanden.
An den Vortrag schloss sich eine lebhafte Diskussion an. Das Publikum griff in seinen Fragen und Anmerkungen vor allen die vom Referenten skizzierten Parallelen zwischen Gegenwart und Vergangenheit auf; hierauf bezogen sich die meisten Fragen. Zugleich wurde aber auch eine gewisse Aporie angesichts der sich bisweilen aufdrängenden Gegenwartsbezüge deutlich. So überzeugend Schyga als Deutungsmuster der o. g. Netzwerke und Akteure für ihre ablehnende Haltung der Republik gegenüber auf den Begriff „Ressentiment“ rekurrierte, so ratlos blieb man angesichts aktueller Bewegungen, Netzwerke und gesellschaftlichen Strömungen zurück: Denn welche Möglichkeiten ihnen entgegenzuwirken, mit ihnen umzugehen oder politisch zu diskutieren bestehen noch, wenn die Gegenseite von emotional-irrationalen Ressentiments geleitet ist, sich eine ganz eigene Wirklichkeit und vermeintliche Wahrheit konstruiert, jegliche Art von Intervention oder kritischen Dialog als Eingriff in die Meinungsfreiheit ansieht, Widerspruch nicht duldet, geschweige denn Meinungsvielfalt aushält und sich letztlich einer sachlichen Diskussion verweigert?

Wenn auch im Rahmen dieser Veranstaltung keine konkrete Antwort auf einen solch großen Problemkomplex zu erwarten war, so wurde doch angesichts von *historia magistra vitae* deutlich, was man gegenwärtig nicht tun sollte: die Gegenseite widerspruchslos gewähren lassen.
Dr. Marco Dräger

Der Vortrag kann auf unsere Website http://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/gegen-rechtsextremismus/ und in Kürze auf der Website www.kliopes.de in leicht redigierter Fassung nachgelesen werden. PS

Über die Soziale Republik von Weimar

Zum Abschluss der Vortragsreihe zur Weimarer Republik beschäftige sich Peter Schulze unter der Überschrift „Arbeiterbewegung und Republik“ mit einem seiner Darlegung nach zentralen Problem dieser Zeit – Weimar sei keine soziale Republik gewesen. Und – der demokratisch-soziale Aufbruch der Jahreswende 1918/19 wäre schnell in Routinen formaler Demokratie abgewandelt worden, habe den Charakter einer bürgerlich-kapitalistisch verfassten Gesellschaft angenommen Schulzes kontrafaktische These: In einer sozialen Republik hätten sich die reaktionären und nationalsozialistischen Kräften nicht durchsetzen können, weil sich die Arbeiterbewegung mit Verbündeten im bürgerlichen Lager mit ihr hätten identifizieren können. Die Chancen wurden nach seinen Worten schon früh vertan. Zeigen wollte der Referent dies am Beispiel der Eisenbahnerstreiks im Sommer 1919. Die 1, 1 Millionen Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamte bei der Bahn hätten nach 1918 große Hoffnungen gehegt, aus ihrer wirtschaftlichen und rechtlich prekären Lage befreit zu werden. Als sie um in Streiks um Lohnerhöhungen eintraten, prallte ihnen die volle sozialdemokratisch regierte Staatsgewalt entgegen. Detailliert und fachkundig schilderte er die Kämpfe in Hannover und Lehrte, legt dar, wie Reichswehr und Freikorpssoldateska mit zum Teil mörderischer Gewalt gegen die Eisenbahner vorging. Gustav Noske oder auch das SPD-Organ Volkswille ziehen sie des „Hochverrats“, weil sie in ihrem „Egoismus“ das Transportwesen lahmlegen und damit der Volksgemeinschaft schweren Schaden zufügen würden. Den in Urabstimmungen niedergelegten und von einer Vertrauensleuteversammlung am 2. Juli bekräftigten Forderung nach mehr Lohn, Bildung von Betriebsräten, Preisabbau und Beendigung der Repression, setze die Reichsführung Panzerzüge und auf Demonstranten schießende Soldaten entgegen. Um die nach wenigen Tagen beendeten Streikaktionen zu diskreditieren wurden Fake-News über Gewaltakte aus der Streikbewegung heraus erfunden, Spartakus, also die Kommunisten, jede mögliche, aber erfundene Schandtat in die Schuhe geschoben. Die Sozialdemokratie hätte das verfassungsmäßige Streik- und Koalitionsrecht formal hochgehalten, aber betont, dass die Pflicht gegenüber Staat, Nation und Volksgemeinschaft über diesen Rechten stünden. Peter Schulze sah darin die Entsolidarisierung im Interesse einer bürgerlich kapitalistischen Gesellschaft, eine Entzweiung zwischen den Arbeitenden, die ihre Ansprüchen an die soziale Republik stellten, und der sozialdemokratisch geführten Reichs- Provinz- und Stadtregierung. An zwei weiteren Beispielen führte der Referent seine Argumentation weiter: Als der Industrielle Hugo Stinnes, der personifizierte Kriegs- und Inflationsgewinner, in Anwesenheit von Reichspräsident Ebert, Ministerpräsident Braun, hohen Offizieren und anderer Prominenz sein Dampfschiff „Legion“ taufen ließen hätten die Spalier stehenden Arbeiter

teilnahmslos und missmutig diesem Ereignis beigewohnt. Wenige Jahre später, bei der Taufe des Kreuzers „Emden“ in Anwesenheit des neuen Reichspräsidenten Hindenburg hätten sie Beifall geklatscht. Schulze wertete diese Reaktionen als Zeichen für die Reserviertheit von Arbeitenden gegenüber ihren sozialdemokratischen Vertretern. An drei Ereignissen während der jungen Republik habe sich die Möglichkeit gezeigt, die Massen für die Republik zu mobilisieren. Beim Kapp-Putsch-Versuch, während der Reaktionen auf die Ermordung von Erzberger und Rathenau sowie beim Volkentscheid über die Fürstenenteignung 1926 wären politische Koalitionen gebildet worden, die weit über die Stammklientel von Gewerkschaften und SPD hinausgingen.

Schulze resümierte mit Arthur Rosenbergs Urteil, dass Weimar ein politisch ohnmächtige Parlamentsdemokratie war, in der die alten Mächte nicht nur mit Duldung sondern auch mit Zustimmung der republikanischen Demokraten an den Schaltstellen der Macht blieben. So wäre die Weimarer Republik an der Uneinigkeit der Arbeiterbewegung gescheitert, einer Uneinigkeit, die einer Vernachlässigung der sozialen Demokratie geschuldet sei.

PS

Gabor Lengyel im Ahlemer Erzählcafé – Liberaler Rabbiner bekennt sich in Gedenkstätte als Menschenfreund

Gast im Erzählcafé des Fördervereins der Gedenkstätte Ahlem war Gabor Lengyel, Rabbiner der Liberalen Jüdischen Gemeinde in Hannover. Mit mehr als fünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Hannover und Umgebung war die Raumkapazität der Gedenkstätte voll ausgelastet. Ein Team um den Kaffeekocher Klaus Falk versorgte das Publikum mit Kaffee und Kuchen. In einer konzentrierten Atmosphäre begann die Befragung Lengyels, der kompetent und authentisch antwortete.

Lengyel wurde 1941 in Budapest geboren. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht wurde seine Mutter ins KZ Ravensbrück verschleppt und auf der Fahrt zur Zwangsarbeit ermordet. Sein Vater floh und kehrte 1945 zurück als gebrochener Mann. Gabor und sein Bruder versteckten sich im Getto der Stadt. Beim Aufstand in Ungarn 1956 floh Lengyel im Alter von 15 Jahren nach Österreich und wanderte aus nach Israel. Dort wurde er Feinmechaniker und machte als Soldat das Abitur.1965 reiste er auf Rat eines Lehrers nach Deutschland und schloss an der TU Braunschweig das Ingenieurstudium ab. 1972 bis 2003 arbeitete er als Ingenieur und Manager bei IBM.

Lengyel wurde Gründungsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, beteiligt sich am jüdisch-christlichen Dialog in Niedersachsen und wirkte mit am Aufbau der jüdischen Gemeinde in Braunschweig. 1993 erhielt er das Niedersächsische Verdienstkreuz am Band. Lengyel ist verheiratet, hat vier Kinder und fünf Enkelkinder. Was würde er seinem 17jährigen Enkel antworten auf die Frage: „Opa, was ist der Kern des jüdischen Glaubens, ein Satz!“ Lengyel: „Die Tora. Hoffnung und Zuversicht.“

Erst im „Ruhestand“ begann Lenyel sein Rabbinerstudium in Budapest und in Berlin. 2011 promovierte er zum Thema „Moderne Rabbinerausbildung in Deutschland und Ungarn“ und wurde Lehrbeauftragter an der Universität Hannover. Sein Lebensmotto lautet: „Betrachte

nicht den Krug, sondern dessen Inhalt“ (Talmud, Sprüche der Väter). Lengyel: „Verlass dich nicht auf Äußerlichkeiten.“ Jemand will wissen, ob er, wie manche, als Überlebender der Shoa Schuldgefühle hege. Lengyel: „Nein. Das ist Zufall.“ Aber dafür heute geehrt zu werden, lehne er ab. Auf Veranstaltungen setzt er sich niemals in die erste Reihe, sondern mischt sich unters Publikum. Ein Wort könne er nicht mehr hören: „Nie wieder!“ Einen Anschlag wie den in Halle habe er erwartet – leider. Welche Rolle spielt Judentum für die nichtjüdische Welt? Lengyel: „Ich bin Mensch. Humanist.“ Er habe christliche und muslimische Freunde. Seine Frau und er helfen afrikanischen Immigranten. Seine freundliche Ausstrahlung überzeugt das Publikum. Einer fragt: „Wenn wir Ihnen und Ihrer Familie jetzt zum Schluss Gottes Segen wünschen – wäre das ein christlicher Übergriff?“ Lengyel: „Nein, das ist der aaronitische Segen. Den nehme ich gern an, danke.“

Dr. Jens Gundlach

Ewige Ruhe auch für Deserteure – Gedenkstätte Ahlem: Führung über den Fössefeldfriedhof in Limmer

Auf Einladung des Fördervereins der Gedenkstätte Ahlem besichtigten 25 Interessierte den unter Denkmalschutz stehenden Fössefeldfriedhof in Limmer. Vereinsmitglied Klaus Falk, der seit dreißig Jahren die Geschichte des Friedhofs mit erforscht und auch schriftlich dokumentiert hat, führte die Gruppe über das Gelände, unterstützt von der ebenfalls kundigen Doris Höft. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen richtete Falk, der der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) angehört, auf Soldaten, die von der NS-Justiz zum Tode verurteilt wurden. Wegen Desertion, Fahnenflucht, Sabotage oder Wehrkraftzersetzung waren viele von ihnen auf dem Schießplatz der Emmich-Cambrai-Kaserne in Vahrenheide erschossen worden. Zu den Motiven dieser NS-Opfer gehörten nicht selten auch die Ablehnung eines verbrecherischen Angriffskrieges sowie der NS-Diktatur überhaupt.

Der Fössefeldfriedhof wurde 1868 nach der Annektion des Königreichs Hannover durch Preußen als preußischer Garnisonsfriedhof gegründet. Gefallene deutsche, aber auch französische Soldaten fanden nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 hier ihre letzte Ruhestätte. Daran erinnern ein Obelisk für die deutschen und ein Denkmal für die französischen Toten. Insgesamt 808 Gräber sind Folge des Ersten Weltkriegs, darunter 150 Grabstätten für russische Kriegsgefangene. Sowohl die französischen als auch die russischen Gräber wurden später eingeebnet. Aus dem Zweiten Weltkrieg gibt es 305 Gräber für Wehrmachtssoldaten. 268 ausländische Kriegstote wurden beigesetzt, darunter 116 Piloten von der Royal Air Force; letztere ruhen jetzt auf dem britischen Friedhof in Ahlem. 22 deutsche Soldaten, die der Fahnenflucht beschuldigt wurden, nahmen sich in der Haft das Leben. Auch sie wurden in Limmer beerdigt.

Klaus Falk berichtete über einen besonderen Fall im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944: Der Soldat Hubert Breitschaft hatte seine Sympathie mit den Attentätern geäußert und wurde wegen Wehrkraftzersetzung erschossen. Im Jahr 2015 stellte die Stadt

Hannover ein von Almut und Hans-Jürgen Breuste geschaffenes Denkmal auf mit dem Titel „Ungehorsam 1939-1945“. Es zeigt einen zerstörten Trichter als Symbol dafür, dass sich nicht alle Soldaten die verbrecherische NS-Ideologie „eintrichtern“ ließen. So ist der Fössefeldfriedhof auch ein Lernort für Schulen, an dem sich viele Objekte der deutschen Geschichte zur Aufklärung anbieten.

Dr. Jens Gundlach

Einheitsreise – ein persönlicher Bericht

Hannover – Kyffhäuser – Bad Frankenhausen – Leipzig – Staucha und zurück markierten eine außergewöhnliche Tour zum Tag der Deutschen Einheit am 3. und 4. Oktober. Unser Mitglied Günther Wartemann, seit Jahren ein Aktivposten beim Erinnern an die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten am 10. Mai an der Geibelstation/Maschsee hatte diese Fahrt organisiert Von der Tellkampfschule, die zu den jährlichen Gedenkfeiern traditionell einen erheblichen Beitrag leistet, waren zwei Lehrerinnen (Barbara Schnellbach und Claudia Borchers) und ein Lehrer (Martin Trisch) mit von der Partie. Der Bezirksbürgermeister Südstadt-Bult, Lothar Pollähne, dem dieser Gedenktag immer ein besonderes Anliegen ist, komplettierte die Reisegruppe. Sinn sollte sein, die Bibliothek der DDR-Bücher von Peter Sodann in Staucha zu besichtigen und in Erfahrung zu bringen, ob er dafür gewonnen werden kann, zu einem Vortrag über sein Projekt an die Tellkampfschule nach Hannover zu kommen.

alle Fotos: Martin Trisch

Zum Tag der deutschen Einheit zum Barbarossa-Monument am Kyffhäuser zu fahren, das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig anzuschauen und quasi als Gegenpart zu diesen reichsnationalistischen Hotspots das Panoramabild von Werner Tübke zum Bauernkrieg in Bad Frankenhausen zu betrachten und Peter Sodanns Sammlung von in der DDR verlegten Büchern zu besuchen, hatte schon was. In Staucha, einem kleinen Dorf etwa eine Autostunde südöstlich von Leipzig, hat Sodann einen großen Gutshof erworben, aufwändig renoviert und im ehemaligen Kuhstall sowie der alten Scheune hunderttausende von Büchern gelagert.

Ein kleiner Blick in die Regalkilometer

Er selbst wohnt mit seiner Frau auf dem Anwesen, das ehemalige Haupthaus steht der Gemeinde zur Verfügung. Unser seit einiger Zeit angekündigter Besuch führte uns durch Hallen voller Bücherregale und gestapelten Bücherkartons. Der Hausherr, ein in der DDR und auch später bedeutender Schauspieler und Theaterdirektor in Halle, vielen im Westen eher bekannt als Tatort-Kommissar Bruno Ehrlicher bekannt, erklärte uns sein Projekt: Ihm gehe es darum, alle jemals in der DDR erschienen Bücher, Zeitschriften, Periodika etc. zu sammeln, um sie als papiernes Zeugnis einer Epoche zu erhalten. Er beklagte den Zusammenbruch des DDR-Verlagswesens nach der demokratischen Revolution von 1989. Er begreift diesen Prozess als Enteignung geistig-kulturellen Schaffens durch die Bundesrepublik und stellt eine Analogie zur Bücherverbrennung der Nationalsozialisten her. Gegen diesen „Kulturfrevel“ kämpfe er seit der Vereinigung an, indem das in Lettern gegossene kulturelle Gedächtnis der DDR erhalte. Sein Bestand wachse seit der Vereinigung durch Bücherspenden ständig – wir konnten es sehen.

Der Fotograf kommentierte die verschwommene Perspektive mit den Worten: Es sei „bei der Durchsicht mein Sinnbild für die noch immer ausstehende Antwort auf die Frage nach der Zielstellung der Sammlung.“

Nun stellten sich uns jenseits unseres Widerspruchs zu dieser Analogie zu 1933 einige Fragen: Was soll der Sinn dieses Projekts sein, wie wird die Sammlung genutzt, wie geht die Genossenschaft, die diese Bestandsammlung und seine Sortierung betreibt, mit dem Inhalt der gedruckten Worte um? Sind z.B. Literaturkreise oder Universitätseinrichtungen an der kritischen Bearbeitung der Bestände beteiligt? Ist solches überhaupt angedacht, denn Sodann sammelt alles, von Weltliteratur und DDR-Unterhaltung bis zu NVA-Organen und

Erziehungsfibeln? Der kleine Stab von Mitarbeiter*innen ist angesichts der Bücherfülle, die imposant ist aber erschlagend wirkt, gerademal in der Lage, Teile des Bestandes zu verzeichnen, grob zu sortieren und einiges in Regale zu stellen. Dieser sortierte Teil könnte als Bibliothek genutzt werden. Einen entsprechenden Benutzerrum gibt es eigentlich auch. Doch P. Sodann betonte, ein öffentlich zugängliches Benutzerwesen sei nicht vorgesehen, denn es würde sich sowieso keine Leute für seine Arbeit an der DDR-Vergangenheit interessieren. Auf die Entgegnung, zumindest wir seien ja gekommen und wären gewiss nicht die einzigen Menschen mit Interesse an dem Projekt, man müsse es nur öffnen, klaptte er seinen Ressentiment-Koffer auf: Sowieso seien die Menschen zu „blöd“, die DDR sei durch „euch aus dem Westen“ platt gemacht worden, ihre literarischen Errungenschaften seien vernichtet. Der Kapitalismus habe alles Lebendige verschlungen. Er sei quasi der Gralshüter einer untergegangenen Kultur, für die so gut wie kein Interesse mehr bestehe: weder von Seiten der Öffentlichkeit, noch der Wissenschaft, erst recht nicht der Politik. Uns begegnete ein verhärmter, starrköpfiger und auf Streit gebürsteter alter Mann. Wir waren gekommen, auch in Anerkennung einer gebrochenen Biografie des aufrechten Gangs (vgl. den ordentlichen Beitrag auf https://de.wikipedia.org/wiki/ Peter_Sodann), um ihn als Zeugen eines produktiv-kritischen Umgangs mit dem Kulturgut Buch für eine Lesung in Hannover zu gewinnen. Wir mussten uns in den zwei Stunden unserer Anwesenheit dort eingestehen, dass dies Anliegen gescheitert war. Die Lehre*innen waren sich mit uns einig, dass Peter Sodann nicht als Zeitzeuge einer deutschen Epoche vor Schüler*innen auftreten sollte, weil seine Vorurteile und Ressentiments in einem solchen Rahmen kaum einzufangen oder zu konterkarieren wären.

PS

Gedenkstätte in der JVA Wolfenbüttel in neuem Gewand

Mit einem Festakt ist am 17. November das Dokumentationszentrum mit neuer Dauerausstellung in der Gedenkstätte JVA Wolfenbüttel eröffnet worden. Ihr Titel: „Recht. Verbrechen. Folgen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel im Nationalsozialismus.“ 400 geladene Gäste füllten das Lessing-Theater der Stadt. Das zweistündige Programm war mit Begrüßungen, Reden, weiteren Beiträgen und musikalischen Intermezzi dicht gefüllt.

Seid vielen Jahre wurde an einer Neukonzeption der Gedenkstätte gearbeitet. Der authentische historische Ort in einem auch heute genutzten Gefängnis sollte einerseits erhalten bleiben, ein freier Zugang für interessierte Besucher*innen aber ermöglicht werden. Zudem galt es, die Präsentation von Zeitzeugnissen und die Bearbeitung der Geschichte dieser Einrichtung mit modernen und ansprechenden Darbietungsformen in den Kontext des Wirkens der Justiz im NS-Staat zu stellen. Das Strafgefängnis Wolfenbüttel war in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft als die zentrale Hinrichtungsstätte für Norddeutschland eingerichtet. 526 Menschen kamen von 1937 bis 1945 durch Henkerhand ums Leben. Durch Hunger, Krankheit, Zwangsarbeit oder Erschöpfung verloren weitere 500 Häftlinge ihr Leben. Aus der NS-Volksgemeinschaft rassistisch und sozial Ausgegrenzte,

politische Gegner und Widerstandskämpfer aus den besetzten Gebieten, Homosexuelle und Zeugen Jehovas wurden hier Opfer der mörderischen NS-Justiz.

Fünf Millionen Euro hat der Neubau gekostet, er ist nun die zentrale deutsche Gedenkstätte zur Geschichte von Justiz und Strafvollzug im Nationalsozialismus geworden. Dies Geld, so zumindest der Eindruck des Berichterstatters, ist gut eingesetzt worden. Schon die Architektur beeindruckt, der etwas blumig beschreibende Flyer zum „architektonischen Konzept“ übertreibt nicht: „Das Gebäude steht selbstbewusst als rohes und massives Volumen auf dem Gefängnis-Innenhof und ersetzt zugleich die Gefängnismauer.“ Die Dauerausstellung ist durch ein kahles und enges Treppenhaus, das unwillkürlich Beklemmungen auslöst, erreichbar. Im großzügig arrangierten Ausstellungsraum werden schriftliche und andere Zeugnisse zu den Opfern ausgestellt und erläutert, die Täter des NS-Justizapparats in ihren bürokratisch-mörderischen Taten gezeigt. Die Nachkriegsnutzung dieser Justizvollzugsanstalt ist Thema, denn nach Kriegsende vollstreckte das britische Militär hier 67 Todesurteile gegen NS-Kriegsverbrecher, und – zurück in deutscher Hand – saßen hier wieder vom bundesdeutschen Strafgesetz durch wieder wirkende NS-Richter und Staatsanwälte verfolgte ein

Ein ausführlicher Bericht zu der Gedenk- und Dokumentationsstätte ist zu finden unter https://regionalwolfenbuettel.de/neue-gedenkstaette-an-der-jva-bietet-interaktive-zeitreisen/ Ein Besuch sei unbedingt empfohlen, näheres unter www.wolfenbuettel.stiftung-ng.de

PS

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. - Regionalgruppe Hannover stellt sich vor

Wir sind ein junger Verein mit langer Geschichte. Das historische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde nach den politischen Unruhen und Morden an Erzberger, Rathenau und anderen 1924 gegründet, um die erste deutsche Republik und ihre freiheitliche Verfassung zu stärken und zu verteidigen. Es war eine der größten, wenn nicht die größte demokratische Massenorganisation vor 1933 von bis zu drei Millionen Menschen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war von Anfang an ein überparteiliches Bündnis von Demokraten u.a. der verfassungstreuen sog. Weimarer Koalition: SPD, katholisches Zentrum und liberaler Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Es sollte verfassungsfeindlichen Truppen wie dem reaktionärem „Stahlhelm“, der SA der Nazis sowie dem „Roten Frontkämpferbund“ der Kommunisten etwas entgegensetzen, schützte Wahlveranstaltungen vor Übergriffen von Extremisten, machte sehr breitenwirksame demokratische Bildungs- und Jugendarbeit und Hilfe für Arbeitslose in der Weltwirtschaftskrise.

Wir sind heute ein kleiner Verband, der einem großen Erbe verpflichtet ist. Reichsbanner-Leute wie *Wilhelm Leuschner, Theodor Haubach*, *Julius Leber* und *Carlo Mierendorff* knüpften seit der Zerschlagung der Reichsbanner-Organisation 1933 in der Illegalität

milieuübergreifend Kontakt zwischen den verschiedenen Gruppen von Nazi-Gegnern und waren Teil der politischen Führung des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944.

Wir sind nach wie vor aktiv für Demokratie, Menschenrechte und Freiheit.

Die Arbeit des Reichsbanners ist seit seiner Wiedergründung im Jahr 1953 von politisch-historischer Bildungs- und Erinnerungsarbeit geprägt. Der Verein kooperiert dazu mit verschiedenen öffentlichen und gemeinnützigen Institutionen, wie der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, der Bundeszentrale für politische Bildung oder der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ob in Ausstellungen, Seminaren oder dem Besuch von Gedenkveranstaltungen – stets steht die Vermittlung staatsbürgerlicher Bildung und Werte besonders an junge Menschen im Mittelpunkt. Damit wollen wir das Bewusstsein stärken, dass Demokratie, Freiheit, Wohlstand und sozialer Friede auch heute täglich neu erstritten werden müssen.

Wir sind in der Regionalgruppe Hannover nicht sehr viele, aber sehr vielfältig:

Wir sind dankbar für neue Gesichter, neue Kontakte und neue Ideen.

Die Regionalgruppe Hannover trifft sich in der Regel am ersten Montag im Monat im Kurt-Schumacher-Haus in der Odeonstr. 15-16, in 30159 Hannover.

Hannover: GDW-Ausstellung „Für Freiheit und Republik“ **Eröffnung am 29.11.2019 17 Uhr**
Neues Rathaus, Bürgersaal

Marco Rösler, Sprecher der Regionalgruppe; E-Mail: rg-hannover@reichsbanner.de;
Kürzungen durch die Red. PS

Ausblick

Gedenken an die Deportationen aus Hannover

16. Dezember 2019, 12 Uhr
Am Montag, den 16. Dezember 2019, laden Landeshauptstadt Hannover und Region Hannover zum zentralen Gedenken an die Opfer der Deportationen aus Hannover von 1941 bis 1945 am Holocaust-Mahnmal auf dem Opernplatz ein.

Schülerinnen und Schüler der Humboldtschule erinnern am Mahnmal für die ermordeten Juden der Stadt Hannover am Opernplatz an die Deportationen 1941 bis 1945. © LHH

Am 15. Dezember 1941 wurden 1001 Juden aus Hannover und Umgebung vom Bahnhof Fischerhof nach Riga deportiert, nur 69 überlebten die Deportation und Verfolgung. Anlässlich dieser größten Deportation aus Hannover wird an alle Opfer gedacht, die zwischen 1941 und 1945 in sieben weiteren Transporten von Hannover über den Bahnhof Fischerhof nach Riga, Warschau, Auschwitz und Theresienstadt deportiert wurden. Die Namen von 1.935 Ermordeten, ihr Alter und ihre Schicksale sind in die Sandsteinplatten des von Michelangelo Pistoletto entworfenen Mahnmals am Opernplatz eingraviert.

Programm

Nach dem jüdischen Gebet „El Male Rachamin“, gesprochen von Assaf Levitin, Kantor der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R., folgt ein inhaltlicher Beitrag von Schüler*innen der Humboldtschule. Die Humboldtschule übernahm anlässlich des 75. Jahrestags der Riga-Deportation im Jahr 2016 in Kooperation mit der Stadt Hannover die Patenschaft für das öffentliche Gedenken am Mahnmal. Nach der Kranzniederlegung durch Vertreter*innen von Stadt und Region Hannover spricht der Kantor der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover K.d.ö.R. zum Abschluss das „Kaddish“

Ort: Holocaust Mahnmal am Opernplatz, 30159 Hannover

Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover und Region Hannover

Festakt: 25 Jahre Holocaust-Mahnmal am Opernplatz

16. Dezember 2019, 13 Uhr

Nach dem öffentlichen Gedenken am Holocaust-Mahnmal lädt die Stadt Hannover am 16. Dezember 2019 um 13 Uhr zu einem Festakt anlässlich der öffentlichen Einweihung des Mahnmals für die ermordeten Juden Hannovers vor 25 Jahren am 9. Oktober 1994.

Einweihung des Mahnmals für die ermordeten Juden Hannovers am 9. Oktober 1994, © André Spolvint

Im Juni 1991 gründete sich der Verein „Memoriam“ mit dem Ziel, ein Denkmal für die in der Zeit des Nationalsozialismus ermordeten jüdischen Hannoveranerinnen und Hannoveraner zu errichten. Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg sammelte der Verein mit seiner Vorsitzenden Lea Rosh, damals Direktorin des NDR-

Landesfunkhauses, private Spenden für die Errichtung des Mahnmals. In der Öffentlichkeit und der Politik wurde ausführlich über das Mahnmal, seine Ausgestaltung und seine zentrale Lage diskutiert. Am 9. Oktober 1994 wurde das Mahnmal am Opernplatz in Anwesenheit von 32 ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Hannover mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingeweiht.

Das Mahnmal erinnert an die über 6.800 Juden, die in Hannover lebten und die von den Nationalsozialisten ausgegrenzt und verfolgt wurden. Die Namen von 1.935 Ermordeten, ihr Alter und ihre Schicksale sind in die Sandsteinplatten des von Michelangelo Pistoletto entworfenen Mahnmals eingraviert.

Programm

Grußwort: Thomas Hermann, Bürgermeister der Landeshauptstadt Hannover

Grußwort: Michael Fürst, Vorsitzender des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen K.d.ö.R

Fachbeitrag: Die Suche nach den Namen jüdischer Opfer aus Hannover: Dr. Peter Schulze, Historiker

Film: „Das Mahnmal für die ermordeten Juden“. Dokumentarische Filmaufnahmen 1994 von Horst Latzke, bearbeitet von Andreas Latzke

Empfang

ANMELDUNG: Wir bitten um vorherige Anmeldung der Teilnahme bis zum 10.12.2019 unter erinnerungskultur@hannover-stadt.de oder 0511/168-42088

Ort: Neues Rathaus, Mosaiksaal, Trammplatz 2, 30159 Hannover

Veranstalter: Landeshauptstadt Hannover

Impressum:

Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe 25.11.2019. **Redaktionsschluss der Januarausgabe 2020 ist am 27.01.2020.**

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., c/o Büro Dr. Horst Meyer & Partner, Bödekerstr. 90, 30161 Hannover; Tel +49 511 961 87 15; erinnerung-und-zukunft@t-online.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

Redaktion Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Netzwerk Erinnerung + Zukunft in der Region Hannover e.V. wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.